

Hitzesommer 2026



Editorial 4

Leitartikel

Wenn Selbstvertretung unbequem wird: Was ich gelernt habe und was andere daraus mitnehmen können 5

Behindertenrechtskonvention

Trotz UN-Verpflichtung: Deutschland scheitert weiter an echter Inklusion 7

Deutschland

Über 100.000 Unterschriften: Starke Stimmen gegen Leistungskürzungen und Einschränkung der Rechte behinderter Menschen 8

Bayern 2 Podcast: Normal genug? Warum Inklusion so schwer zu erreichen ist 8

180.000 sagen NEIN zu Sparplänen – Lebenshilfevertreterinnen im Petitionsausschuss am 8. Juni 2026 9

Über 280.000 unterstützen Petition #TeilhabeIstKeinLuxus 10

Sozialstaatsreformen: Menschenrechtliche Verpflichtungen sind keine Verhandlungsmasse 10

Proteste vor dem Kanzleramt und vor dem Bundesrat wegen massiven Kürzungsplänen 11

25 Jahre SGB IX – Rückblick aus Frauensicht 12

ABiD verurteilt Ignoranz der Merz-Regierung gegenüber Menschen mit Behinderung 13

Droht die Rückkehr der alten Einkommens- und Vermögensanrechnung? Warum jetzt Wachsamkeit gefragt ist 14

Haben Krankenkassen Millionen von Euro verzockt? 16

Offener Brief des Deutschen Behindertenrats zur Eingliederungshilfe 16

Noch einmal Kraft für einen anstrengenden Herbst schöpfen 17

5 Gründe, warum die Alternative für Deutschland (AfD) für Menschen mit Behinderungen gefährlich ist 18

Hintergründe zum AfD-Angriff auf schulische Inklusion 18

Über 80 Verbände unterstützen von Rechtsextremen bedrohte Bürger*innen 19

Bundesländer
Baden-Württemberg: Neues Förderprogramm für Teilhabe und Empowerment behinderter Menschen in Baden-Württemberg 20

Bayern: Bayerische Behindertenbeauftragte warnen vor Kürzungen bei Teilhabeleistungen 21

Nordrhein-Westfalen: Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes in Nordrhein-Westfalen soll Vereinfachungen bringen 22

Hessen: Bürgerbefragung zur Pflege in Hessen 23

Hamburg: Über 70.000 Unterschriften gegen Kürzungen bei der Schulbegleitung in Hamburg 23

Thüringen: Antrittsgespräche des Landesbehindertenbeauftragten von Thüringen bei den Fraktionen 24

Niedersachsen: Kommunalwahl in Niedersachsen: Wie blicken die Spitzenkandidat*innen von Landeshauptstadt und Region Hannover auf Inklusion? 25

Rheinland-Pfalz: Entschieden gegen jedwede Form der Diskriminierung vorgehen 26

Hamburg: Über 87.000 Menschen fordern Stopp der Kürzungen in der Schulbegleitung 27

Brandenburg: Bisheriger Seniorenbeauftragter nun auch Landesbehindertenbeauftragter in Brandenburg 28

Sachsen-Anhalt: Katrin Gensecke will weitere fünf Jahre im Landtag von Sachsen-Anhalt für Inklusion streiten 29

Brandenburg: Rolle rückwärts in Brandenburger Behindertenpolitik in Sachen Landesbehindertenbeauftragter 30

Persönliche Assistenz

BR-Lebenslinien-Bericht: Meine sieben Assistenten und ich 32

Informations- und Erfahrungsaustausch zur Persönlichen Assistenz 32

Wenn der Minijob fällt, darf die persönliche Assistenz nicht mitfallen 34

ForseA und seine Umgebung

Generationenwechsel: ZsL Mainz sucht neue Geschäftsführung 37

Flagge zeigen für Vielfalt und Toleranz 37

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Wenn nicht jetzt wann dann? Diskriminierungsschutz schnell verbessern 38

Behindertengleichbehandlungsgesetz (BGG)

Reform des Behindertengleichstellungsgesetz: Barrierefreiheit ist kein Luxus 39

Neues saarländisches Behindertengleichstellungsgesetz ist ein wichtiges Signal für Menschenrechte in schwierigen Zeiten 40

Pflegeversicherung

VdK warnt vor verschärften Pflegegrad-Regeln und rät zu schnellen Anträgen 40

Lebenshilfe: Jetzt auch die Verhinderungspflege erhalten 41

VdK zu Linnemanns Plänen: Rentenansprüche pflegender Angehöriger sollen nicht gekürzt werden 41

Rechtsprechung

Recht haben – aber auch Recht bekommen? 42

Bundesverfassungsgericht stärkt das Persönliche Budget: Sozialgerichte müssen im Eilverfahren genau hinschauen 43

Literaturtipps

Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen 43

2031 Deutschland, die Welt blickt auf dich! Anklage-Protokoll des eklatanten Völkerrechtsbruchs von Uwe Heineker 44

ForseA Intern

Beitragsabbuchung 45

Vereinfachte Zuwendungsbestätigung / eMail-Adressen 46

Post-Adressen 47

Impressum 47

Beitrittserklärung 48

Satzung 49



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde unseres Vereines,

in den Tagen, in denen ich dieses Editorial schreibe, steht ein äußerst spannender, politischer September vor der Türe. Wenn Sie nun das Heft in den Händen halten, hat sich diese Spannung - hoffentlich positiv - aufgelöst.

Es wird ohnehin schwierig. Die Regierung will den Haushalt konsolidieren und lässt schon seit Monaten Testballone gen Himmel aufsteigen. Sie ist anscheinend auf der Suche nach dem geringsten Widerstand. Natürlich sucht sie dort, wo ohnehin mangels kräftiger Lobby kein großer Widerstand zu erwarten ist. Im Visier befinden sich Alte, Kranke, Behinderte, Arbeitslose, Asylsuchende, pflegende Angehörige und andere. Unter dem massiven Druck der Wirtschaft muss sie bis zum Jahresende Einsparungen erzwingen. Bei dem von der Wirtschaft geforderten Bürokratieabbau dagegen wird sie vermutlich scheitern. Da haben sich schon viele Zahnprothesen eingehandelt. Die Bürokratie sitzt stets am längeren Hebel und lässt sich ihre Arbeitsplatzgarantie nicht nehmen. Menschen mit Behinderungen können davon manch trauriges Lied singen.

In Brandenburg wird sehr deutlich, dass auch die Politik noch immer nicht versteht, dass Alter und Behinderung zwei völlig unterschiedliche Lebenswirklichkeiten darstellen. Im Alter spielt die Pflege die Hauptrolle, die Nichtausgliederung mehr oder weniger eine Nebenrolle. Bei der Unterstützung für Menschen mit Behinderung steht der immerwährende Nachteilsausgleich im Vordergrund. Wichtig ist die Verhinderung der Ausgliederung, bzw. die Eingliederungshilfe, um bereits entstandene oder drohende Defizite zu beseitigen. Je nach Behinderung spielt die

Pflege eine untergeordnete Rolle. Es gilt, den Menschen mit Behinderung ein gleichberechtigtes Leben inmitten der Gesellschaft möglich zu machen. Man nennt es INKLUSION. Ob ein Beauftragter, der für alte Menschen und Menschen mit Behinderungen zuständig ist, diese Trennung ständig zu vollziehen vermag? Zweifel sind angebracht!

Im INFORUM 2 2026 hatten wir unter dem Titel „Recht haben – aber auch Recht bekommen?“ einen Leitartikel veröffentlicht. Darin haben wir aufgezeigt, dass behinderte Menschen mit Assistenzbedarf den von der Verfassung garantierten Rechtsschutz sehr oft nicht erhalten. Denn die Rechtswege werden zwar eingehalten. Aber bis ein Verfahren abgeschlossen werden kann, vergehen nicht selten Monate, ja sogar Jahre. In Unterfranken wartet eine Frau seit sechs Jahren (!) auf die Entscheidung über die Kostenübernahme ihres schwenkbaren Beifahrersitzes im eigenen Auto. Das Gericht beschäftigt sich hingebungsvoll mit nicht relevanten Fragen, ob nicht etwa öffentliche Verkehrsmittel auch machbar wären. Die Frau hat den Pflegegrad 5 und benötigt in allen Bereichen des täglichen Lebens Unterstützung. Diskutiert wird beispielsweise auch, ob Familienbesuche Eingliederungshilfe darstellen. Dies ist längst gerichtlich geklärt. Aber so vergeht Monat um Monat, Jahr um Jahr. Und das ist nur ein Beispiel von vielen. Menschen, die sich hilfeschend mit berechtigten Ansprüchen an eine Behörde wenden, befinden sich in einer Notlage. Wir haben gute Gesetze. Aber die helfen nur dann, wenn auch Behörden sich an das Recht halten!

Link zum Leitartikel des letzten Heftes:

https://www.forsea.de/ForseA_Dateien/Recht%20haben.pdf

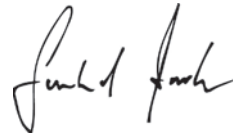
Wir hatten gehofft, mit dem Leitartikel eine Diskussion anzustoßen. Das hat nicht funktioniert. Weder unsere Mitglieder noch die Leserinnen und Leser der kobinet-Nachrichten haben reagiert. Dabei ist das Thema so wichtig. Denn die Behörden werden in Zeiten knapper Kassen immer kreativer. Kein Argument ist zu schade, um nicht damit Verfahren zu verzögern. Und wir können uns nicht angemessen wehren. Denn wenn wir schon mal einen Anwalt mit freien Terminen zu vertretbaren Preisen finden, müssen wir sie oft auch noch einarbeiten. Die Sozialgesetzbücher sind sehr komplex und die Auslegungen oft sehr widersprüchlich. Doch selbst wenn das Bundessozialgericht ein Thema klar darstellt, heißt es

noch lange nicht, dass die Behörden es auch so akzeptieren.

Wir brauchen dringend die Genehmigungsfiktion auch im SGB IX und SGB XII. Oder besser noch, dass ein Antrag solange umgesetzt wird, bis hierüber abschließend entschieden ist. Denn letztendlich arbeitet eine Behörde nicht umsonst. Hier kann die Bürokratie schnell abgebaut werden, ohne dass es jemand schadet, aber vielen nützt. Das macht nicht nur den Kanzler glücklich!

Es wird kein leichter Herbst. Hoffen wir, dass sich die Regierung an die Verfassung und die Behindertenrechtskonvention erinnert und auch daran hält.

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz, Vorsitzender

Leitartikel

Wenn Selbstvertretung unbequem wird: Was ich gelernt habe und was andere daraus mitnehmen können

„Wenn Selbstvertretung unbequem wird: Was ich gelernt habe und was andere daraus mitnehmen können“, so lautet der Titel eines Beitrags einer behinderten Frau, die sich in der Selbstvertretung behinderter Menschen engagiert. Die kobinet-nachrichten veröffentlichen diesen Beitrag anonym, weil wir nicht wollen, dass der Betroffenen zukünftig Nachteile entstehen. Wir veröffentlichen diesen Beitrag vor allem, weil wir immer wieder Erfahrungsberichte von behinderten Menschen bekommen, die sich in sogenannten Partizipationsprozessen engagieren, die ihre Erfahrungen engagiert und viel zu oft kostenfrei eingebracht haben, die all ihren Mut zusammengekommen haben und ihre Sicht der Dinge, ihr Erlebtes, geschildert haben. Und die zum Teil unendlich frustriert waren, dass diese Beteiligungsprozesse wenig gebracht haben und ihre Stimmen viel zu häufig ignoriert wurden. Der folgende Beitrag spricht daher sicherlich einigen aus dem Herzen, will aber Mut machen, sich trotzdem in der Selbstvertretung zu engagieren und unseren Stimmen Wirkung zu verleihen.

Wenn Selbstvertretung unbequem wird: Was ich gelernt habe und was andere daraus mitnehmen können

Von einer Expertin aus eigener Erfahrung

Ich habe mich lange mit Überzeugung für Selbstvertretung eingesetzt. Ich habe Verantwortung übernommen, andere Menschen mit eigener Erfahrung unterstützt und viel Zeit und Herzblut in gemein-



drei Ausrufezeichen © ForseA

same Projekte investiert. Dabei habe ich gelernt, wie wichtig es ist, dass Menschen mit eigener Erfahrung nicht nur angehört werden, sondern tatsächlich mitgestalten können. Ich habe aber auch etwas anderes gelernt: Selbstvertretung wird besonders dann auf die Probe gestellt, wenn sie unbequem wird.

Denn es ist relativ einfach, Menschen einzubeziehen, solange sie zustimmen. Schwieriger wird es, wenn sie Fragen stellen, Barrieren benennen, Entscheidungen kritisch hinterfragen oder sagen: „So funktioniert Beteiligung für mich nicht.“ Genau diese Erfahrung habe ich gemacht.

Ich war nicht nur in einem Projekt dabei - ich habe mich intensiv eingebracht. Ich war in Arbeitsstrukturen des Projekts tätig, unterstützte andere Menschen mit eigener Erfahrung und arbeitete an gemeinsamen Themen und Positionen mit. Für mich war das keine symbolische Beteiligung. Ich wollte Verantwortung übernehmen und dazu beitragen, dass die Perspektive von Menschen mit eigener Erfahrung in diesem Themenfeld stärker berücksichtigt wird.

Deshalb habe ich Probleme angesprochen, wenn ich welche gesehen habe. Ich habe nach Beteiligungsmöglichkeiten gefragt, auf Barrieren hingewiesen und Entscheidungen hinterfragt. Dabei wurde mir unter anderem vermittelt, dass kritische Anliegen zu viele Ressourcen binden könnten. Kritik ist keine Verschwendung von Ressourcen. Sie kann eine Ressource sein, wenn eine Organisation bereit ist, daraus zu lernen.

Der schmerzhafteste Punkt

Mit der Zeit hatte ich zunehmend den Eindruck, dass sich mein Platz in den Strukturen veränderte. Ich erlebte Ausschlüsse, für mich nicht nachvollziehbare Entscheidungen und Situationen, in denen ich mich nicht mehr als gleichberechtigt Beteiligte fühlte. Das war besonders schmerzhaft, weil ich diesen Menschen und Strukturen zunächst vertraut hatte. Ich hatte geglaubt, dass wir gemeinsam an einem Ziel arbeiten: daran, dass Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung und Einfluss erhalten.

Irgendwann blieb bei mir jedoch das Gefühl zurück, dass meine Beteiligung vor allem dann erwünscht war, solange sie in die bestehenden Strukturen passte. Nach allem, was ich investiert hatte, fühlte es sich für mich schließlich an, als wäre ich wie Abfall entsorgt worden. Das ist eine harte Formulierung. Aber sie beschreibt mein persönliches Erleben. Ich erzähle das nicht, um einzelne Menschen öffentlich anzugreifen, sondern weil ich glaube, dass wir über solche Erfahrungen sprechen müssen.

Was bedeutet echte Beteiligung?

Für mich hat sich dadurch eine grundlegende Frage verändert: Was bedeutet Beteiligung eigentlich, wenn eine Selbstvertreterin zwar eingeladen wird, ihre Kritik aber irgendwann zum Problem wird? Echte Beteiligung kann nicht bedeuten, dass Menschen ihre Erfahrungen liefern und anschließend andere entscheiden, was daraus gemacht wird. Menschen mit eigener Erfahrung müssen widersprechen, Fragen stellen,

Entscheidungen kritisieren und Barrieren benennen dürfen. Sie müssen auch sagen können, wenn Beteiligung aus ihrer Sicht nicht funktioniert. Das macht sie nicht schwierig. Das macht sie zu Expert*innen aus eigener Erfahrung.

Was ich anderen mitgeben möchte

Wenn ihr ähnliche Erfahrungen macht, möchte ich euch etwas mitgeben: Lasst euch nicht einreden, dass ihr zu schwierig seid, nur weil ihr Fragen stellt. Wenn ihr eine Barriere anspricht, seid ihr nicht undankbar. Wenn ihr einer Entscheidung widersprecht, seid ihr nicht automatisch destruktiv. Wenn ihr eure Rechte einfordert, seid ihr keine Belastung. Natürlich sollten auch Menschen mit eigener Erfahrung bereit sein, die eigene Position zu hinterfragen. Beteiligung bedeutet nicht, immer Recht zu haben. Aber zwischen konstruktiver Auseinandersetzung und dem Gefühl, wegen kritischer Stimmen an den Rand gedrängt zu werden, besteht ein entscheidender Unterschied.

Ich habe deshalb gelernt, meine eigene Beteiligung stärker abzusichern: Absprachen sollten nachvollziehbar sein, Beteiligungsmöglichkeiten transparent und Entscheidungen begründet. Außerdem ist es wichtig, sich miteinander zu vernetzen und nicht von einzelnen Organisationen oder Personen abhängig zu sein. Unsere Expertise aus eigener Erfahrung gehört nicht einer Organisation. Sie gehört uns.

Was Organisationen daraus lernen können

Meine Erfahrungen sind deshalb nicht nur eine Botschaft an andere Menschen mit eigener Erfahrung. Auch Organisationen, Projekte und Fachverbände sollten sich fragen: Was passiert, wenn Beteiligte widersprechen? Wie transparent sind Beteiligungsentscheidungen? Und welche Möglichkeiten gibt es, wenn Beteiligung scheitert? Die Qualität einer Beteiligungsstruktur zeigt sich nicht daran, wie viele Menschen eingeladen werden. Sie zeigt sich daran, wie mit ihnen umgegangen wird, wenn sie anderer Meinung sind. Wer Selbstvertretung ernst nimmt, muss auch die unbequemen Stimmen aushalten.

Aus Verletzung darf Stärke entstehen

Meine Erfahrungen haben mein Vertrauen erschüttert. Aber sie haben mir nicht meinen Glauben an die Bedeutung von Selbstvertretung und an die Expertise aus eigener Erfahrung genommen. Im Gegenteil. Ich bin heute noch überzeugter davon, dass wir Strukturen brauchen, in denen Menschen mit eigener Erfahrung tatsächlich Einfluss nehmen können. Dafür brauchen wir Transparenz, klare Regeln, verlässliche Kommunikation, nachvollziehbare Entscheidungen und Schutz vor willkürlichem Ausschluss. Wir brau-

chen angemessene Rahmenbedingungen und Anerkennung für die Arbeit von Menschen mit eigener Expertise. Beteiligung ist nicht dazu da, bestehende Strukturen bequemer zu machen. Sie muss sie verändern können.

Ich mache weiter

Ich hätte mir gewünscht, dass manches anders gelaufen wäre. Ich hätte mir mehr Transparenz, offene Kommunikation und einen anderen Umgang mit Kritik gewünscht. Und ja: Ich bin verletzt. Aber ich möchte nicht, dass diese Verletzung das letzte Wort bekommt. Deshalb erzähle ich meine Geschichte –

nicht, um andere abzuschrecken, sondern um Mut zu machen.

Wenn eure Stimme unbequem wird, heißt das nicht, dass sie weniger wert ist. Wenn sich eine Tür schließt, bedeutet das nicht, dass eure Expertise endet. Wir brauchen eine Beteiligung, die nicht nur dann willkommen ist, wenn sie Ja sagt. Sie muss auch Nein sagen, Fragen stellen und widersprechen dürfen – und trotzdem dazugehören. Echte Teilhabe bedeutet für mich nicht, eingeladen zu werden, damit andere über uns entscheiden, sondern gemeinsam Macht und Verantwortung zu teilen. Und dafür werde ich mich weiterhin einsetzen.

Behindertenrechtskonvention (BRK)

Trotz UN-Verpflichtung: Deutschland scheitert weiter an echter Inklusion

Veröffentlicht am 06.07.2026 von Ottmar Miles-Paul

Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu schaffen. Eine aktuelle bundesweite Studie des Deutschen Institut für Menschenrechte macht jedoch deutlich, dass dieses Ziel noch immer in weiter Ferne liegt.

Dazu hat sich die Bundestagsabgeordnete Katrin Fey, Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zu Wort gemeldet und bekräftigt, dass Deutschland trotz der Verpflichtung der Vereinten Nationen weiterhin an echter Inklusion scheitert. „Die Ergebnisse der Studie sind eine schallende Ohrfeige für die Inklusionspolitik in Deutschland. Mehr als 15 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention wird Kindern mit Behinderungen noch immer das Recht auf gleichberechtigte Bildung verwehrt - nicht aus Mangel an Wissen, sondern weil der politische Wille fehlt“, betonte Katrin Fey, die seit März 2025 Mitglied des Deutschen Bundestags in der Fraktion Die Linke. und Sprecherin für Bürger- und Menschenrechte ist.

„Wer Inklusion immer wieder verspricht, sie aber an Personalmangel, fehlender Finanzierung und unklaren Zuständigkeiten scheitern lässt, verletzt grundlegende Menschenrechte. Es ist beschämend, dass ausgerechnet eines der wohlhabendsten Län-

der der Welt seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen hinterherläuft. Bund und Länder müssen endlich handeln, statt sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Jeder weitere verlorene Jahrgang ist einer zu viel“, betonte Katrin Fey.

Link zur Studie Inklusive Bildung zwischen Wunsch und Wirklichkeit des Deutschen Institut für Menschenrechte:

<https://tinyurl.com/4xjpvrrnz>



Katrin Fey MdB © Katrin Fey

Über 100.000 Unterschriften: Starke Stimmen gegen Leistungskürzungen und Einschränkung der Rechte behinderter Menschen

Veröffentlicht am 28.05.2026 von Ottmar Miles-Paul

„Heute konnten wir dem Sozialministerium die über 100.000 Unterzeichnungen unserer Bundestags-Petition 'Keine Kürzungen in der Eingliederungshilfe' vorhalten. Denn das Sozialministerium hatte gemeinsam mit den Ländern eingeladen, um mit den Verbänden zum Thema Eingliederungshilfe zu beraten. Unsere Botschaft ist klar und in der Petition nachlesbar: Keine Kürzungen bei der Eingliederungshilfe, keine Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts, Vorfahrt für Inklusion statt Leistungsabbau. 104.929 Menschen haben die Petition allein online unterschrieben. Die schriftlich eingegangenen Unterschriften sind dabei noch gar nicht ausgezählt. Das sind nicht einfach nur 104.929 Stimmen gegen Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen. Das sind 104.929 Stimmen: FÜR Teilhabe. FÜR Würde. FÜR Menschenrechte.“ So heißt es in einem Facebook-Post der Bundesvereinigung Lebenshilfe mit einem Bild von Vertreter*innen verschiedener Behinderten- und Wohlfahrtsverbände, die Schilder zur Untermauerung der Forderungen hochhalten, der am 27. Mai 2026 nach einem Treffen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlicht wurde.

Weiter heißt es in dem Facebook-Post: „Beim heutigen Treffen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit den Verbänden gab es Einblicke in die Sichtweisen der Länder und des Sozialministeriums. Sie wollen sparen, ohne dass es zu Leistungskürzungen kommt, weil das Geld für die Kommunen fehle und anderweitig nicht beschafft werden könne, so der Tenor. Gleichzeitig arbeiten Länder und Kommunen weiter mit dem Kanzleramt an Kürzungen bei



Protestbild gegen Kürzungen bei der Eingliederungshilfe © DBR

den Leistungen der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Im Juni soll dann beides zusammengeführt werden. Ganz ehrlich: Unsere Sorgen vor dieser Reform konnten heute nicht ausgeräumt werden. Umso wichtiger ist es, dass wir den Rückhalt der Petition haben, um weiter für Transparenz, echte Beteiligung und gegen Kürzungen bei den Leistungen der Eingliederungshilfe zu protestieren. Denn Eines ist klar: Wir werden auch in Zukunft zu diesem Thema nicht leise sein. Viele Verbände ziehen hier gemeinsam an einem Strang. Wir sagen deutlich: Menschenrechte sind keine Verhandlungsmasse für Haushaltsdebatten. Teilhabe ist keine freiwillige Leistung. Keine Subvention. Wir reden hier über Menschenrechte. Und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.“

Bayern 2 Podcast: Normal genug? Warum Inklusion so schwer zu erreichen ist

Veröffentlicht am 01.06.2026
von Ottmar Miles-Paul

„Normal genug? Warum Inklusion so schwer zu erreichen ist.“ So lautet der Titel eines Podcast von Bayern 2, der in die ARD-Mediathek eingestellt wird.



Logo Bayerischer Rundfunk © omp

Darauf hat Sabine Lohner die kobinet-nachrichten aufmerksam gemacht. „Bei aller Liebe zur 'Inklusion': unsere Gesellschaft tut sich mit Anderssein weiterhin schwer. Dabei ist ständige Abweichung deutlich realer als Normen, an denen man sich festhält. Ist eine Gesellschaft denkbar, die Halt gibt, ohne auszugrenzen?“ So heißt es u.a. in der Ankündigung des

Podcast von David von Westphalen mit Mai-Anh Boger, Professorin für Inklusion und Sonderpädagogik an der Universität Koblenz, Rebecca Maskos, Psychologin und Professorin für Disability Studies an der Alice Salomon Hochschule Berlin und Stephan Lessenich, Direktor des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt.

180.000 sagen NEIN zu Sparplänen – Lebenshilfevertreterinnen im Petitionsausschuss am 8. Juni 2026

Veröffentlicht am 05.06.2026 von Ottmar Miles-Paul

Über 180.000 Menschen haben die Petition der Bundesvereinigung Lebenshilfe gegen Kürzungen bei der Eingliederungshilfe, die von vielen Verbänden unterstützt wird, unterzeichnet. Am 8. Juni 2026 gibt es deshalb eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, die auch online übertragen wird. Eingeladen sind Ulla Schmidt, Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, sowie Ramona Günther, Selbstvertreterin mit Behinderung im Bundesvorstand der Lebenshilfe. Beide werden vor den Abgeordneten darlegen, warum die Sparpläne von Bund, Ländern und Kommunen eine massive Bedrohung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung sind. In Deutschland beziehen rund eine Million Menschen Eingliederungshilfe. Ihr Altersdurchschnitt liegt bei 34 Jahren. Eingliederungshilfe hat viele Gesichter. Es gibt sie zum Beispiel als Schullassistentin, Hilfe beim Wohnen, Unterstützung im Alltag oder bei der Arbeit, wie es in einer Presseinformation der Bundesvereinigung Lebenshilfe heißt.

„Die Sparpläne sind ein Angriff auf die Grundwerte unseres Sozialstaats – dagegen setzt sich die Lebenshilfe mit allen Mitteln zur Wehr“, betont die Bundesvorsitzende Ulla Schmidt mit Blick auf die Streichliste, (<https://tinyurl.com/3wb4mt76>) die im Kanzleramt zusammengetragen wurde, und die Vorschläge aus der sogenannten Dialogarbeitsgruppe im Sozialministerium. Solche Kürzungen können für Kinder mit Unterstützungsbedarf bedeuten, dass sie nicht oder weniger in die Schule gehen oder seltener an Freizeitangeboten teilnehmen dürfen. Und für viele Menschen mit Behinderung kann es zur Folge haben, dass sie in einem Pflegeheim leben müssen, obwohl sie mit Assistenz in einer eigenen Wohnung gut klarkommen. Ramona Günther sagt hierzu: „Das kann der Bundestag nicht wollen – und das darf er



Bundestag Besprechungsraum © Irina Tischer

auf keinen Fall zulassen! Menschen ihre Unterstützung zu nehmen, verletzt die Menschenwürde.“

Weitere Informationen zu den Sparplänen sind auf der Kampagnenseite der Lebenshilfe unter: www.lebenshilfe.de/teilhabe-ist-menschenrecht (<https://tinyurl.com/3z62spvu>) zu finden.

An der Sitzung des Petitionsausschusses kann man sowohl vor Ort im Bundestag teilnehmen, sie wird aber auch über das Parlamentsfernsehen und im Internet auf www.bundestag.de übertragen und in Deutsche Gebärdensprache übersetzt, wie es vonseiten des Deutschen Bundestages heißt.

Link zu weiteren Infos zur Beratung der Petition im Petitionsausschuss des Bundestages (<https://tinyurl.com/43h3rkdr>)

Der Text der Petition, die auf der Petitionsplattform des Deutschen Bundestages eingereicht wurde und bis 25. Mai 2026 mitgezeichnet werden konnte lautet: „Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, keine gesetzlichen Änderungen vorzunehmen, die zu Kürzungen und Einschränkungen der Eingliederungshilfe für Men-